

# Monica Vlad

## Informationsfreiheit in Rumänien

### I. Einleitung

Im Dezember 1989 wurden in Rumänien wichtige Freiheiten in einem blutigen Kampf gegen die kommunistische Diktatur und durch Aufopferung vieler Menschenleben erungen. Zu diesen gehören die Meinungs- und Informationsfreiheit. Als wertvolle Formen individueller Freiheit erfreuen sich diese Grundrechte heute einer hohen Wertschätzung der Bürger. Dass man seine Meinung offen sagen darf, ohne Bestrafung fürchten zu müssen, galt lange als unglaubliche Realität, die konstant genossen wurde. Die Freude an der Meinungsvielfältigkeit und ihrer freien Gestaltung wurden die wichtigsten Facetten der Informationsfreiheit und entwickelten sich zu einem der wichtigsten Rechte, welches sich in der rumänischen Gesellschaft stark verankerte. Die Informationsfreiheit erscheint sowohl in der Verfassung als auch in der Praxis in der Form der Pressefreiheit und des Zugangs zu öffentlichen Informationen.

Heute leben die Bürger Rumäniens „nur“ mit der Angst, diese schwer errungenen Freiheiten könnten erneut – und über Nacht – verschwinden. Eine Realität, die tatsächlich viel zu früh kam, denn verschiedene Formen der Missachtung der Meinungsfreiheit und deren Schranken wurden langsam sichtbar. Demokratie, besonders eine fragile wie die rumänische, stirbt nicht über Nacht, sondern langsam durch die Korruption des Rechtgefühls. Zu viel Freiheit: ein neues Gefühl, mit dem man ungeschickt umging. Zuerst wurde der Respekt vor dem Privatleben in der Presse angegriffen. Die Enthüllung von persönlichen Geheimnissen und von intimen Aspekten des Privatlebens schlug ohne Rücksicht auf Dezenz in das Leben der Bürger ein.<sup>1</sup> Diese falsch verstandene Freiheit zeigt, dass es nichts Gefährlicheres gibt für ein Volk, das nicht auf die Freiheit vorbereitet ist, als die Freiheit selbst.

In der Presse – und in den Medien allgemein – wurden Fälle ersichtlich, in denen sowohl die gesetzliche Substanz als auch der Inhalt der Meinungsfreiheit verletzt wurden, obwohl die Gesetzesbestimmungen eindeutig definieren, was man unter Informationsfreiheit verstehen muss. Die erste postkommunistische Verfassung<sup>2</sup> des Landes verankert die Meinungsfreiheit in Art. 30. Dieser Text wird grundsätzlich von der Europäischen Menschenrechtskonvention inspiriert. Er sieht vor, dass die Freiheit der Gedankenäußerung, der Meinung, der Glaubensbekenntnisse und des Schaffens jeder Art, mündlich, schriftlich, durch Bilder, Ton oder durch andere öffentliche Kommunikationsmittel unverletzlich ist. Zensur jeder Art ist verboten; die Pressefreiheit schließt auch die Freiheit ein, Publikationen zu gründen. Keine Publikation darf unterdrückt werden. Es gibt (auch) Schranken der Meinungsfreiheit, die in einer demokratischen Gesellschaft selbstverständlich sind und die sich in dem rumänischen Grundgesetz wiederfinden: Die freie Meinungsäußerung darf weder die Würde, die Ehre, das Privatleben der Person noch das Recht am eigenen Bild schädigen. Die Verleumdung des Landes und der Nation, die Anstiftung zum Aggressionskrieg, zum nationalen, Rassen-, Klassen- und religiösen Hass, die Aufwiegelung zur Diskriminierung, zum territorialen Separatismus, zur öffentlichen Gewalt sowie unzünftige Äußerungen, die den guten Sitten widersprechen,

---

<sup>1</sup> Die Jagd nach dem „Sensationellen“ hat Journalisten so weit gebracht, dass sie das Privatleben von Personen, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, respektlos und detailliert darstellen, was zu vielen Klagen geführt hat, in denen sich die Beschwerdeführer auf die Verletzung der durch die EMRK geschützten Rechte und Freiheiten berufen.

<sup>2</sup> Verabschiedet 1991 und reformiert durch das Gesetz Nr. 429/2003.

sind gesetzlich verboten. Diese Schranken klären das Gleichgewicht zwischen Meinungsfreiheit und anderen individuellen Werten bzw. Rechten und Freiheiten. Nur werden diese von dem Gesetz bestimmten Grenzen oft nicht respektiert, wie im Folgenden dargelegt wird.<sup>3</sup> Die Meinungsfreiheit wird durch das Recht auf Information ergänzt (Art. 31): Das Recht der Bürger, zu allen öffentlichen Informationen Zugang zu haben, kann nicht eingeschränkt werden. Die öffentlichen Behörden müssen eine konkrete Information der Bürger über die öffentlichen Angelegenheiten und über die Probleme von persönlichem Interesse gewährleisten. Das Recht auf Information darf die Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen oder die nationale Sicherheit nicht beeinträchtigen. Die öffentlichen oder privaten Medien sind verpflichtet, eine korrekte Information der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehdienste sind autonom und von daher verpflichtet, den bedeutendsten gesellschaftlichen und politischen Gruppen das Recht auf Zugang zu garantieren. Die Verfassung bestimmt aber diese Gruppen nicht, und kein anderes Gesetz klärt diesen Aspekt, obwohl weiter vorgesehen ist, dass die Organisation der Medien und die parlamentarische Kontrolle ihrer Tätigkeit durch Organgesetz geregelt werden. Erst 2011 entstand ein Entwurf für ein neues Pressegesetz, das aber nie verabschiedet wurde.

Einerseits gibt es verfassungsrechtliche Garantien, die von der europäischen Gesetzgebung inspiriert werden, andererseits aber ist die defizitäre Ausgestaltung der Informationsfreiheit im einfachen Recht und deren mangelhafte Umsetzung in die Praxis festzustellen. Dieses Problem betrifft insbesondere den Zugang des Einzelnen zu Informationen: Obwohl dieser Zugang „im Prinzip“ garantiert wird, sind häufig Fälle zu beobachten, in denen öffentliche Informationen durch die Propaganda der regierenden Partei(en) gefiltert werden. Der Staat wirkt durch verschiedene Instrumente, hauptsächlich jedoch durch die Fernsehkanäle, die den Medienmoguln gehören, auf die freie Meinung ein. Diese Form von Korruption ist sichtbar in den Medien, und zwar paradoxerweise auch wegen der Vielfältigkeit des rumänischen Journalismus. Oft werden Nachrichten in verschiedenen Formen von verschiedenen Sendern manipuliert. So hat die Medienmacht in einer von Meinungsvielfältigkeit dominierten Gesellschaft schwerwiegende Folgen und gewährleistet die Meinungsfreiheit nicht. Die Bürger wissen oft nicht mehr, welchem Sender und welcher Zeitung sie glauben sollen. Die freie Berichterstattung durch Print- und audiovisuelle Medien sowie der freie Informationsaustausch im Internet stellen jedoch ein Gegengewicht zu diesen Parteifiltern der Medien dar: Online-Petitionen, die Stellungnahmen zu den wichtigsten politischen Ereignissen fördern, die sozialen Netzwerke und im Ausland lebende Rumänen erweisen sich als ein starkes politisches Bewusstsein für die zuhause gebliebenen Bürger. Alle Informationen, die durch Facebook, Online-Plattformen und durch elektronische Kommunikationsmittel allgemein verbreitet werden, haben zu einer wertvollen Quelle authentischen Bürgersinns beigetragen. Diese Rolle wurde besonders während des Wahlkampfes anlässlich der Präsidentschaftswahlen (November 2014) sichtbar.

<sup>3</sup> In den Beispielfeldern, welche die Meinungsfreiheit in der sozial-politischen Praxis betreffen.

## II. Faktische Realitäten und aktuelle Aspekte der Meinungsfreiheit in Rumänien

Zwei Beispiele sind vor allem relevant, um ein plastisches, realistisches Bild der Informationsfreiheit zu erlangen. Beide stellen neue Ereignisse dar, die wesentlich zu einer positiven Entwicklung der Meinungsfreiheit in Rumänien beigetragen haben: der Tod des Künstlers *Sergiu Nicolaescu* und die neuen politischen Entwicklungen im Kontext der Präsidentschaftswahlen.

### 1. Das Schicksal des Künstlers Sergiu Nicolaescu

Die dringende Notwendigkeit eines neuen Pressegesetzes wurde zu Beginn des Jahres 2013 erneut betont, und zwar in einem recht ungewöhnlichen Kontext: Am 3. Januar 2013 starb der weltbekannte rumänische Schauspieler, Regisseur und Politiker *Sergiu Nicolaescu* im Alter von 83 Jahren. Sein Nachlass bestand aus einem riesigen Vermögen an Autorenrechten, weltweiten Filmproduktionen und Immobilien, die er seiner (dreißig Jahre jüngeren) Frau *Daniela Nicolaescu* hinterlassen hatte. Das Testament wurde von seiner 87-jährigen Schwester *Jolanda* sofort als unwirksam betrachtet, mit der Begründung, es wäre von seiner Frau gefälscht worden. Unakzeptabel war „vor allem“ der Wunsch des Künstlers, nach seinem Tode verbrannt zu werden, was gemäß den Dogmen der orthodoxen Kirche als „größte Sünde“ gilt. Der Tod des Künstlers, der (auch) in (dem kommunistischen) Rumänien für seine historischen, von einem starken Nationalismus geprägten Produktionen bekannt und beliebt gewesen war, wurde auch in der internationalen Presse bekanntgegeben (*Washington Post*, *Le Figaro*, *San Francisco Gate*, *Miami Herald*). Jenseits seines Nationalismus, der seine Berühmtheit auch nach der Wende anhalten ließ, besaß Nicolaescu ein außergewöhnliches Talent und einen außergewöhnlichen Charme. Es war also kein Wunder, dass sein Tod Schlagzeilen schlug, und in wenigen Tagen entwickelte sich dieses Drama zu einem riesigen Pressekandal. Die rumänisch-orthodoxe Kirche erklärte, dass sie keine Trauerfeier für Nicolaescu zelebrieren könne, weil das Ritual der Verbrennung als „unchristlich“ von der orthodoxen Kirche verbannt sei. Seine Schwester *Jolanda* strengte einen Prozess gegen ihre junge Schwägerin an, in dem sie behauptete, der Nachlass gehöre ausschließlich ihr; sie wolle dieses Vermögen „mit der orthodoxen Kirche teilen“, um die „Ehre“ ihres Bruders post mortem zu retten.<sup>4</sup> Die apokalyptischen Züge dieser und ähnlicher Szenen wuchsen mit jedem Tag, die Anzahl der diesem Thema gewidmeten Sendungen auch. Schon am 3. Januar 2013 hatte Frau Daniela *Nicolaescu* einen Brief an die Presse geschickt, in dem sie sich auf Art. 78 Zivilgesetzbuch berief. Aus Respekt vor dem Toten soll der Presse hiernach untersagt werden, während des Begräbnisses zu filmen oder Fotos zu machen und/oder diese an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie bat um Dezenz, da der Tod ihres Mannes *Sergiu* eine persönliche Tragödie sei. Gleichzeitig untersagte sie der Presse, Texte oder Videos über die Trauerfeier und die Verbrennung ihres Mannes zu verbreiten oder an die Öffentlichkeit zu überliefern, weil diese offensichtlich einen Teil ihres intimen, privaten Lebens darstellten.

Nichtdestotrotz wurde Frau *Nicolaescu* von einer wütenden Menge erwartet, als sie mit der Asche des Künstlers zum Friedhof schritt. Die Leute schrien „Schande“, es sei „inakzeptabel, sogar unvorstellbar“, dass „der große Patriot“ auf solch „unchristliche“ Weise zur ewigen Ruhe gebettet wird, der Sarg die ganze Zeit vor der Verbrennung geschlossen bleibt, was den rumänischen Sitten widerspricht, und die Witwe weiß ge-

<sup>4</sup> Sendung Pro TV vom 5. Januar 2013.

kleidet, statt in dezenter Weise das klassische Schwarz, „die einzige Farbe der authentischen Trauer“, zu tragen. Diese unglaublich primitiven Szenen wurden gefilmt und in zahlreichen Sendungen im Fernsehen monatelang wiederholt.<sup>5</sup> Sie zeugen von der Unfähigkeit der Journalisten, das Privatleben zu respektieren, zwischen privatem und öffentlichem Leben zu unterscheiden sowie von der Domination des facettenreichen orthodoxen Aberglaubens in der rumänischen Gesellschaft. Diese überholten Realitäten sind leider auch heute noch sehr schädlich, denn der Skandal um den Tod von *Sergiu Nicolaescu* klingt nach: Der Prozess um seinen Nachlass geht weiter, die Ambitionen der steinalten Schwester lassen auch in ihrem hohen Alter, der Wartekammer des eigenen Todes, nicht nach. Und dass eine junge Frau wie *Daniela Nicolaescu* einen solchen „finanziellen Erfolg“ erleben darf ist nun mal zu viel für die von Frauenhass dominierten, „objektiven und kritischen“ Medien. Die Ikone namens *Sergiu Nicolaescu* bleibt im Gedächtnis der Rumänen lebendig. Leider können dieselben sich auf keinen Fall vorstellen, dass das Ritual der Verbrennung auf seinen eigenen Wunsch geschehen konnte. Das würde die Sakralisierung der Ikone kompromittieren, was der „patriotarde“ Teil der Bevölkerung nie verkraften würde; ebenso würden die Journalisten derart spektakuläre Nachrichten nie für die Integrität ihres Berufes oder im Namen einer elementaren Dezenz aufgeben. Diese Stimmung ist trotz der (immer weniger werdenden) Stimmen von Journalisten, die empört nach einem klaren Pressegesetz in Rumänien verlangen, dominierend. Besonders wichtig ist eine neue Definition der Schranken der Meinungsfreiheit: Welche Schranken sollen dies sein „in einer demokratischen Gesellschaft“ und damit auch in Rumänien, um den Ausdruck der Europäischen Menschenrechtskonvention zu gebrauchen?

## 2. Die Präsidentschaftswahlen

### a) Allgemeiner Kontext

In den 25 Jahren, die seit dem Zusammenbruch des Kommunismus verfließen sind, haben die Bürger und die Behörden gelernt, die Meinungsfreiheit in Rumänien als eine normale, sogar selbstverständliche Errungenschaft zu betrachten. Das bewirkte auch negative Effekte, hauptsächlich die Überschreitung der (vielersehten) politischen Normalität im öffentlichen Leben und auch der Grenzen der Informationsfreiheit. In Rumänien existieren zahlreiche Fernsehsender und Sendungen, die sich für unabhängig erklären, die aber von verschiedenen Politikern finanziert werden. Die Transparenz ist diesbezüglich nicht ausreichend. Dies wurde im Kontext der Präsidentschaftswahlen (November 2014) deutlich; dabei wies der Wahlkampf neue Züge auf: Die regierende sozialdemokratische Partei griff zu allen und sogar zu gesetzwidrigen Mitteln, um den Sieg ihres Kandidaten, *Victor Ponta*, zu sichern.<sup>6</sup> Dabei muss unterstrichen werden, dass dieser Kandidat auch der amtierende Premierminister ist, eine Inkompatibilität, die gesetzlich nicht verboten, sondern erlaubt wird! Zukünftig sollte gesetzlich geregelt sein,

<sup>5</sup> Diese Szenen schockieren in zwei Hinsichten: Erstens fragt man sich, wieso ein solcher Primitivismus nicht auch gesetzlich bestraft wird; zweitens wundert man sich, dass es doch noch eine freie Presse gibt, die solche Missbräuche mitteilt und dadurch den Bürgern die Möglichkeit gibt, solche Verhaltensweisen und damit auch die totale Respektlosigkeit für das Privatleben offen zu verurteilen.

<sup>6</sup> Diese Partei ist die wichtigste Erbin der Kommunistischen Partei. Sie ist durch einen leeren populistischen Diskurs gekennzeichnet. Die Mehrheit ihrer Mitglieder ist in Korruptionsskandale verwickelt: Im November 2014 fanden zahlreiche Verhaftungen von Parlamentsabgeordneten statt, die wegen Korruptionsverbrechen angeklagt sind, wodurch dem rumänischen Staat ein hoher wirtschaftlicher Schaden zugefügt wurde (etliche 100 Millionen Euro). Die Nationale Antikorruptionsbehörde berichtet, dass im Laufe des Jahres 2014 Güter im Wert von 150 Millionen Euro beschlagnahmt wurden. Diese werden in den Besitz des rumänischen Staates zurückkehren.

dass der Premierminister, der für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert, zumindest für die Dauer der Wahlkampagne in seinem Amt suspendiert wird, weil es offensichtlich ist, dass er den Staatsapparat im Dienste seines persönlichen Interesses missbrauchen wird. Und tatsächlich: *Ponta* hat alle politischen Instrumente, die ihm zur Verfügung standen, eingesetzt, um seine Position in der Regierung und auch im Wahlkampf zu festigen und um die daraus resultierenden Vorteile gegenüber dem Kandidaten der liberalen Partei, dem Siebenbürger Sachsen *Klaus Johannis* (Bürgermeister von Hermannstadt/Sibiu) auszunutzen. Der verfassungsrechtliche Kontext ist diesbezüglich wesentlich: In den aktuellen Machtstrukturen des Landes stützt sich ein autoritärer Präsident auf eine kleptokratische Machtpyramide. Besonders während des Wahlkampfes wurde ein erheblicher Druck auf die Presse ausgeübt und die Pressefreiheit, die sich (noch immer) keines Respekts seitens der Politiker erfreut, beeinträchtigt. Zuerst verbreiteten die Kanäle der Macht (diejenigen Fernsehkanäle und Zeitungen, die der regierenden Partei gehören) die wissentlich falsche Nachricht, dass Minister der regierenden Partei Blut spenden. Stattdessen schlichen sie sich nach ihren protzigen Interviews aus den Spitälern.<sup>7</sup>

Solche Nachrichten sind nicht singulär: Leider scheut die Regierung keine Lüge, die ihr ein scheinbar positives Bild sichert. Im September 2014 folgte eine Regierungsverordnung, die den Bürgermeistern erlaubte, einmal im Laufe von 45 Tagen die Partei, der sie angehören, zu wechseln. Das Ziel dieser (mit zahlreichen Rechtschreibfehlern publizierte) Verordnung war es, der Regierungspartei – durch Manipulation der lokalen Verwaltung – die Kontrolle über den Verlauf der Präsidentschaftswahlen zu sichern. Obwohl sie offensichtlich rechtswidrig war, trat die Verordnung sofort in Kraft.<sup>8</sup> Und zahlreiche Bürgermeister, die aus verschiedenen Gebieten Rumäniens stammen, traten der Regierungspartei bei. Entgegen den Realitäten behaupteten die Sender der Macht sowie die Instrumente der Medienmoguln das Gegenteil: Man müsse die „politische Freiheit“ der Bürgermeister respektieren; es gäbe also nichts Gesetzwidriges an dieser Verordnung!<sup>9</sup> Die Verbreitung solcher parallelen Realitäten durch die Instrumente der Medien ist nicht neu und hat viele Gründe: Seit 2008 ist die Krise der Presse spürbar: 6.000 Journalisten haben ihren Arbeitsplatz verloren, während andere, die sich für gutes Geld verkaufen, mehr Einfluss in der öffentlichen Meinungsbildung bekommen haben. Andererseits befinden sich einflussreiche, steinreiche Medienmoguln in Haft oder werden strafrechtlich verfolgt: Firmen des Mediatrust, eine ehemalige Legende der rumänischen Presse, werden wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche verhört; die Gruppe *Mediafax* ist bankrott; ihr Gründer *Adrian Sărbu* wird seit einigen Wochen von Staatsanwälten wegen Straftaten vernommen.<sup>10</sup> Gegen den *Trust Intact* wurden mehrere Strafverfahren eingeleitet; ihr Patron, der Medienmogul *Dan Voiculescu*, wurde zu zehn Jahre Haft verurteilt.<sup>11</sup> Auch die Vertreter anderer Medienunternehmen, die jahrzehntelang

<sup>7</sup> Über dieses zynische Verhalten berichtete der Sender B1 am 24.8.2014 („Lumea lui Banciu“/„Bancius Welt“ für einen freien Journalismus).

<sup>8</sup> Der Ombudsmann weigerte sich, diese Verordnung als verfassungswidrig vor dem Verfassungsgericht überprüfen zu lassen, was die politisierte Natur seines Amtes und seine totale Abhängigkeit von der Regierungspartei eindeutig beweist.

<sup>9</sup> Zu den von der Regierung kontrollierten Sendern in Rumänien gehören *Antena 1* und *Antena 3* sowie *Romania TV*. Hingegen bietet z. B. der Sender *Digi 24* eine neutrale Zusammenfassung der Nachrichten und professionelle Sendungen, in die prominente Persönlichkeiten des Landes eingeladen werden.

<sup>10</sup> Seit November 2014.

<sup>11</sup> *Voiculescu* ist und bleibt eine sehr einflussreiche Figur bzgl. Korruption im Bereich der Presse. Als Mitarbeiter der *Securitate* und Inhaber eines mit gesetzwidrigen Mitteln gesammelten Riesenvermögens wurde er wegen Geldwäsche, Erpressung und eines dem rumänischen Staat zugefügten Scha-

wesentlichen Einfluss auf die Meinungsfreiheit hatten, befinden sich in Haft: *Sorin Ovidiu Vântu* von der *Realitatea Media*, sowie *Dan Adamescu*, der Patron der Zeitung *Freies Rumänien*, beide wegen schwerer Korruptionsverbrechen. Solange die Vertreter der politischen Macht die Presse konstant angreifen, die Parteien sich komfortabel in den Studios der Sender installiert haben und die Verwaltungsstrukturen politisiert bleiben, berichtet die Presse nicht mehr über Themen allgemeinen Interesses.<sup>12</sup> Es ist wichtig, dass die Presse sich dem Bürger und nicht den Politikern zuwendet: Erst dann wird sich auch der Bürger mit Vertrauen an die Presse wenden.

## b) Die Kandidatur von *Johannis*: eine Premiere für die Informationsfreiheit

Es folgte die Verleumdung des Kandidaten *Klaus Johannis*, dessen Namen in den Medien fortwährend falsch geschrieben wird (d. h. in rumänischer Rechtschreibung bzw. mit „I“ statt „J“). Während des Wahlkampfes glichen die Interviews mit *Johannis* eher einem Verhör als einer normalen Sendung. Er wurde heftig angegriffen, weil er „nicht orthodox ist“ und „keine Kinder“ hat. Dass solche Argumente in den Medien frei erscheinen konnten, beweist, dass Rumänien eine freie Presse hat. Diese ist jedoch von einem ganz falschen Konzept der Meinungsfreiheit beherrscht. Noch schlimmer war, dass er als „dem rumänischen Volk nicht zugehöriger Sachse“ und als „Volksfremder“ beschrieben wurde. Die Sprecherin der Regierungspartei, *Gabriela Vrânceanu-Firea*, ließ sich wiederholt zu verbrecherischen Aussagen hinreißen, so zum Beispiel, dass *Johannis* „kein kompletter Mensch“ sei, weil er keine Kinder habe und dass er nach der Wende illegale Adoptionen von Minderjährigen durch fremde Staatsangehörige unterstützt habe. Die Tatsache, dass eine Person, die einer ethnischen und konfessionellen Minderheit angehört, für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert hat, brachte neue Realitäten für die Pressefreiheit: Das Privatleben des Kandidaten wurde auf niederträchtige Weise bloßgestellt; die Zugehörigkeit zu einer ethnischen und konfessionellen Minderheit wurde als Straftat dargestellt. Derartige Verstöße, die die Grenzen der Meinungsfreiheit überschreiten, zeigten ein intolerantes und primitives Rumänien, in dem die orthodoxe Kirche die politische Szene dominiert. Häufig haben orthodoxe Priester während des Gottesdienstes (und bei jeder Gelegenheit) den Gläubigen ausdrücklich „geraten“, für den Kandidaten *Ponta* zu stimmen, weil er „ein guter, orthodoxer Rumäne“ und nicht ein „Fremder“ wie *Johannis* sei. Die religiöse „Überlegenheit“ der orthodoxen Kirche als Staatskirche erschien unbestreitbar. Unvorstellbar war, dass jemand, der nicht orthodox ist, es überhaupt wagt, zu kandidieren. Ein solcher Diskurs des Hasses brachte die Verfassungsgarantien erneut ins Gespräch, vor allem das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, das Prinzip der Gleichheit aller Konfessionen und das Konzept der rumänischen Nation selbst. Obwohl das Gesetz über die religiöse Freiheit in Rumänien der orthodoxen Kirche keine spezielle oder privilegierte Position zuerkennt und die Gleichheit aller Religionen und Konfessionen proklamiert, ist die sozial-politische Realität hiervon sehr weit entfernt. Eine strikte Trennung von Kirche und Staat wird wahrscheinlich nie erreicht werden können, weil die politische Macht der orthodoxen Kirche tief in allen gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Auch hat die orthodoxe Kirche als dominierende Kirche ihre Macht konstant missbraucht. Ihr Fundamentalismus kam deutlich

---

dens von 60 Millionen Euro im August 2014 verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren verurteilt. Er ist auch Gründer eines Medienimperiums (*Antena 1* und *Antena 3*), in dem seine politischen Gegner sowie unabhängige Journalisten, die seinen Einfluss vermindern wollten, mit niederträchtigen Mitteln verleumdet wurden.

<sup>12</sup> *Brîndușa Armanca*, Nu îi e bine presei noastre! Diagnostic la final de an (Unserer Presse geht es nicht gut! Diagnose am Jahresende), Zeitschrift 22, 22. Dezember 2014-5. Januar 2015, S. 4.

zum Vorschein und zeigte das reale Maß an konstitutioneller Toleranz in der rumänischen Gesellschaft! Klarer denn je erwies sich, dass die Definition des Patriotismus von der Legitimität politischer Strukturen abhängt. Damit hat (auch) die rumänische Verfassung einen Bedeutungsinhalt, der weit über das Juristische reicht: Die Verfassungskultur wird zum „Aggregatzustand der politischen Kultur“.<sup>13</sup> Beide Kandidaten verwendeten in ihrem Diskurs Werte wie Heimatliebe, Loyalität gegenüber der rumänischen Nation, Patriotismus und Nationalismus. Oft werden diese Begriffe als Synonyme verstanden; aber es muss zwischen ihnen unterschieden werden, denn sie haben dynamische Antlitze und Deutungen. Der Wahlkampf in Rumänien hat es deutlicher als früher gezeigt. Es bedarf eines klaren Verständnisses über denjenigen Kern, der als freiheitliche demokratische Grundordnung gilt. Ist die ethnische Zugehörigkeit das staatsbildende Kriterium? Oder brauchen wir eher ein integrierendes, einschließendes Element der Bürger, die zusammen die Nation bilden und nicht ein ausschließendes Kriterium wie die ethnische Identität? Es handelt sich um einen Wert, der das Zusammenleben der Menschen auf optimale Weise ermöglicht. Dazu gehört auch die (unlösbar?) Frage, ob die Nation Ethnos oder Demos ist. Wenn die Nation Ethnos ist, wird es immer Feinde geben, die außerhalb „unseres“ Kreises als unpatritische Wesen in einer Gemeinschaft leben, die ethnische Zugehörigkeit zum konstitutiven Staatskriterium erhöht.<sup>14</sup> Wenn aber die Nation Demos ist, dann bedarf es einer neuen Definition des Patriotismus und Nationalismus. Denn in diesem Fall gehört die Heimat allen Staatsbürgern, die sich ihr zugehörig fühlen und auch verfassungsrechtlich als solche anerkannt werden.<sup>15</sup>

Nochmals bewies die Presse diesbezüglich ihre wichtige, meinungsbildende Rolle: In einer in der Zeitschrift „22“<sup>16</sup> veröffentlichten Studie (12-25 August 2014) stellte *Andrei Oișteanu*, Philosoph und Schriftsteller jüdischer Herkunft,<sup>17</sup> die wesentliche Frage: Werden die Rumänen einen deutschen Lutheraner zum Staatspräsidenten wählen? Die Studie konzentrierte sich auf die Merkmale der fragilen rumänischen Demokratie, auf die Tatsache, dass die ethisch-ethnischen Klischees und nicht die Regierungsstrategie der Kandidaten im Wahlkampf die Hauptrolle spielen. Zahlreiche Stereotype in Form von Legenden und Sprichwörtern, die in der rumänischen Folklore ein klares Bild von Fremdenfeindlichkeit zeigen, werden von *Oișteanu* zitiert. Der „Deutsche“<sup>18</sup> als Angehöriger lutherischer Konfession, die der Mehrheit der Rumänen total unbekannt ist, erscheint eindeutig als Fremder, dessen Konfession einfach zum „Neoprottestantismus ableiten kann, bzw. zum Unglauben (!) [...] wie ein Clown in einem Zirkus“, behauptet *Ponta*, es sei zwar „nichts Böses daran, nicht orthodox zu sein, er sei aber orthodox [...]“.<sup>19</sup> Demnächst bedarf es eines gewandelten Verfassungsverständnisses in Rumänien, in dem der

<sup>13</sup> *Peter Häberle*, Verfassungslehre als Kulturwissenschaft, Berlin 1998, S. 91 f.

<sup>14</sup> *Monica Vlad*, Das Verhältnis zwischen Patriotismus, Nationalismus, Nationalgefühl und Verfassungspatriotismus, in: Nation-Nationalität-Staat, Marburg 2013, S. 37.

<sup>15</sup> Solche Ideen erschienen in der Presse erstmals mit der Kandidatur eines Politikers, der einer ethnischen und konfessionellen Minderheit angehört. Bis 2014 waren diese wichtigen Probleme der Definition der rumänischen Nation nicht sichtbar und praktisch wenig relevant.

<sup>16</sup> Die Zeitschrift heißt „Revista 22“ zum Gedenken an den 22. Dezember 1989, als die Ceaușescu-Diktatur endete.

<sup>17</sup> Seine Schriften über die Werte einer kosmopolitischen Gesellschaft beeinflussten die Meinungsfreiheit in Rumänien, besonders sein Buch: Das Bild des Juden in der rumänischen Kultur, Bukarest 2008.

<sup>18</sup> Bzw. der Siebenbürger Sachse.

<sup>19</sup> Zeitschrift 22, S.4. Diese und ähnliche unzulässige Bemerkungen zeigen die Niederträchtigkeit, mit welcher der Premierminister alle Mittel nutzte, um sich den Sieg in den Präsidentschaftswahlen zu sichern. Dabei ist relevant, dass die Rumänen die Überlegenheit der Orthodoxie als selbstverständlich betrachten; ansonsten könnte ein solcher Diskurs keinen Erfolg haben.

Staat nie wieder als Weltanschauungsstaat erscheinen dürfte. Wieder muss zwischen Heimatland und politischem Regime bzw. Staatsräson unterschieden werden. Während der kommunistischen Diktatur wurde das falsche Konzept einer ethnisch homogenen rumänischen Nation viel zu sehr verbreitet, was zu der Ausschließung der „anderen“ (ethnisch verschiedenen Bürger) als zweitklassige Menschen führte. Man muss heute mehr denn je wahrnehmen, dass es eine „heroisierende, stark politisierte, unverdauliche Interpretation der Geschichte gibt, die sich als falsch erweist, denn das Spiel mit der Vergangenheit ignoriert die Tatsache, dass die Nation in großem Maße dem Bereich des Imaginären gehört“.<sup>20</sup> Der politische Sieg, den Klaus *Johannis* in Rumänien erlebte, stellt uns vor eine andere wichtige Frage, die auch in den Medien dementsprechend übernommen wurde: Kann man sich den Menschen überhaupt ohne Heimat vorstellen? Wahrscheinlich nicht, denn die verschiedenen Interpretationen der Heimatangehörigkeit sind Teil der fundamentalen Gefühle, die das Menschsein definieren und die nur mit dem letzten Menschen verschwinden werden. Und *Johannis* ist eindeutig in Rumänien zuhause, und Rumänien ist seine Heimat: Es ist das Land, dessen Staatspräsident er gerade geworden ist.

Die positiven Folgen dieses unerwarteten Sieges zeigten sich sofort. Die orthodoxe Kirche verlor an Glaubwürdigkeit,<sup>21</sup> während die Institution des Staatspräsidenten 2,5% Vertrauen gewann, seit *Johannis* Präsident Rumäniens geworden ist. Der Sender B1 sprach sogar von der gesetzwidrigen Tätigkeit des orthodoxen Klerus, eine Aussage, die in Rumänien kaum vorstellbar ist.<sup>22</sup> In den Medien konturierte sich ein Vorschlag zur Verfassungsrevision: Ein Präsidentschaftskandidat, der amtierender Premierminister ist, sollte während des Wahlkampfes suspendiert werden, und zwar im Hinblick auf jedes politische Amt. Die Stimme der Zivilgesellschaft wurde auch in anderen Bereichen laut: Nach dem Sieg von Klaus *Johannis* entstand eine Online-Petition gegen *Gabriela Vrânceanu-Firea* wegen ihrer unzulässigen und rechtswidrigen Aussagen über *Johannis*. Die Dame wurde anschließend vom Nationalrat für die Bekämpfung der Diskriminierung für ihre Aussagen sanktioniert.<sup>23</sup> Die Stimmung nach den Wahlen wurde auf einmal zum wichtigsten Impuls für eine sichtbare Zivilgesellschaft mit viel Initiative. Die Medien wurden transparenter, mutiger, berichteten über die Verteilung von „Almosen“ in Form von Geldern und Lebensmitteln an die potentielle Wählerschaft seitens der korrupten Regierungspartei, um die Wähler gegen *Johannis* zu beeinflussen.<sup>24</sup> In den Gebieten, in denen die Regierungspartei die Mehrheit der Bürgermeister und Präfekten besaß, wurde den Bürgern effektiv mit körperlichen Strafen gedroht, sollten sie nicht für *Ponta* stimmen! Der besiegte Premierminister will jedoch nicht abtreten, obwohl sowohl er persönlich als auch seine Partei für den Ruin des Landes und für die massenhafte Auswanderung von Millionen rumänischer Bürger (infolge der durch die völlig unannehmbare und korrupte Ausbeutung der Rohstoffe des Landes erzeugte Armutsmisere)<sup>25</sup> verantwortlich

<sup>20</sup> *Lucian Boia*, *Istoriile mele*, in dialog cu Eugen Stancu (Lucian Boia, Meine Geschichte und meine Geschichten. Im Dialog mit Eugen Stancu), Bukarest 2012, S. 130 f.

<sup>21</sup> Erst in der Sendung vom 1. Januar 2015 erschien beim Sender *Digi 24* die Nachricht, dass Premierminister *Ponta* nie in der Kirche gesehen wurde, ausgenommen die letzten sechs Monate des Jahres 2014. In Vorbereitung auf den Wahlkampf und in Hoffnung auf den Sieg ist er regelmäßig in 16 orthodoxen Kirchen erschienen und hat ihnen 60 Millionen Lei (ca. 15 Mio. Euro) aus der Geldreserve der Regierung „geschenkt“.

<sup>22</sup> Und als Angriff gegen die „Volkskirche“ interpretiert wird.

<sup>23</sup> Leider nur mit einer Warnung, was den politisierten Charakter des Nationalrats zeigt.

<sup>24</sup> Diese Lebensmittel wurden in den ärmsten Gebieten des Landes verteilt, in denen hohe Arbeitslosigkeit und Ignoranz herrschen.

<sup>25</sup> Zahlreiche Verträge mit ausländischen Firmen haben die Rohstoffe Rumäniens billig genutzt; die in diese wirtschaftlichen Machenschaften verwickelten Politiker haben damit große Vermögen verdient.

ist. Ihm gelang ein scheinbarer Rücktritt, indem er die potentiellen Gegner aus der Partei ausschloss, als seien diese für den Verlust der Wahlen verantwortlich. *Tom Gallagher* analysiert diesen Vorgang in seiner in der Zeitschrift „22“ veröffentlichten Studie folgendermaßen:

Ponta ist sicherlich ein Lehrling des Che Guevara durch seine scheinbar liberalen Versprechungen. Das ist wohl die gewagteste Pirouette des Premierministers in einer Szene, die noch in Trümmern liegt [...] Seine Agilität hätte sogar die Bewunderung von Saddam Hussein (der es verstand, die unerwünschten Rivalen loszuwerden) oder von Slobodan Milosevic (dem es gelang, den extremen Druck gegenüber seinen Verbrechen jahrelang auf Distanz zu halten) gewonnen [...] Nur bleibt die Regierungspartei eine viel zu starke Macht in Rumänien, und das in einem Moment, der für die Geschichte Mittel- und Osteuropas gefährlich ist.<sup>26</sup>

### c) Die im Ausland lebenden Rumänen: Ein neues Bewusstsein für das Land

Im Ausland präsentierte sich die Situation ganz anders. Im ersten Wahlgang gab es zu wenige Stimmlokale für die im Ausland lebenden rumänischen Bürger. Das Ergebnis war, dass die Wähler zehn oder zwölf Stunden lang warten mussten, um abzustimmen, viele jedoch am Tagesende (als die Botschaften und Konsulate ihre Tore schlossen) immer noch nicht abgestimmt hatten. Dieses wiederholte sich bei der Stichwahl, sodass der Verdacht eines absichtlichen Boykotts des Außenministeriums entstand. Die Auslandsrumänen sind meistens gebildete Menschen mit mehr Bürgersinn. Daher hatte die Regierung Angst, dass diese nicht nur vereinzelt für *Johannis* stimmen würden. Als die Wählenden dann auch noch mit Tränengas auseinander getrieben wurden, als sie friedlich vor der rumänischen Botschaft in Paris für ihr Wahlrecht demonstrierten, solidarisierten sie sich blitzschnell auf Facebook und in Blogs, riefen ihre im Lande lebenden Familien empört an und informierten sich gegenseitig über den rechtswidrigen Ablauf der Dinge. Am Jahresende stabilisierte sich die politische Situation: *Johannis* wurde vereidigt und verlieh dem Präsidenten des Verbandes der ehemaligen politischen Häftlinge die höchste staatliche Auszeichnung Rumäniens. In dieser einmaligen Anerkennung, die von keinem Vorgänger gewagt wurde, wird die klare antikommunistische Politik des neuen Rumäniens und der Bruch mit der diktatorischen Vergangenheit deutlich.

In Initiativen der Zivilgesellschaft für neue Gesetze wird heute die übertriebene Immunität der Parlamentsabgeordneten in Frage gestellt;<sup>27</sup> auch soll ihre unangemessen hohe Zahl gesenkt werden (zurzeit hat Rumänien 588 Parlamentsmitglieder und damit fast so viele wie das Europaparlament!). Auch die Korruption in der Presse wurde bereits angesprochen. Paradoxerweise hat die Vielfältigkeit des rumänischen Journalismus zu einer neuen Form von Korruption beigetragen. Journalisten sind sich der Medienmacht in einer von Meinungsvielfältigkeit dominierten Gesellschaft bewusst und nutzen diese zur Manipulation von Nachrichten. Zahlreiche Sender, die verschiedenen Politikern

---

Dadurch ist dem rumänischen Staat enormer Schaden entstanden. Tausende von Arbeitsplätzen gingen verloren.

<sup>26</sup> *Tom Gallagher*, O evadare norocoasa: Ponta își învinge partidul, nu și națiunea (Ein gelungenes Entfliehen: Ponta besiegt seine eigene Partei, aber nicht die Nation), Revista 22, 22. Dezember-5. Januar 2015, S. 5.

<sup>27</sup> Oft schützt in der Praxis die parlamentarische Immunität korrupte Abgeordnete vor Strafverfahren, was Untersuchungen der Justiz wesentlich erschwert (selten wurde der Einleitung solcher Verfahren gegen Abgeordnete zugestimmt, weil eine verbrecherische Solidarität unter den Abgeordneten herrscht).

gehören, verbreiten sich widersprechende Nachrichten über dieselben Ereignisse. Politischer Einfluss wird mit Korruptionsgeldern erkaufte; es gibt kaum eine Nachricht, die deswegen nicht in Frage gestellt werden muss und gestellt wird. In den Machtstrukturen des Landes stützt sich ein autoritärer Präsident weiterhin auf eine kleptokratische Machtpyramide. Der politische Druck auf die Pressefreiheit wird nicht leicht beseitigt werden können und eine so tief verankerte Realität wird sich nicht in Kürze ändern lassen. Aber die neue Stimmung, die im Lande herrscht, trägt eindeutig dazu bei, dass realistische Hoffnungen für eine authentische Demokratisierung der politischen Klasse und damit auch für die Verwirklichung der Informationsfreiheit in Rumänien Fuß fassen. Das erste eindeutige Zeichen einer neuen Form von Informationsfreiheit sind die sogenannten „Digi 24 Konsulate“ bzw. Online-Plattformen oder Foren, in den die im Ausland lebenden Rumänen ihre Meinungen und Erwartungen niederschreiben können. Solche „Sektionen“ existieren für in Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und Großbritannien lebende Rumänen seit dem 5. Dezember 2014. Diese Stimmen wurden laut durch die direkte Teilnahme der im Ausland lebenden Rumänen an allen politischen und sozialen Ereignissen des Landes. Der Zugang zu diesen Foren ist frei und jeder kann seine Erfahrungen und seine Meinungen über die neuesten Entwicklungen des Landes hineinschreiben.<sup>28</sup>

Diese neue Dimension der Informationsfreiheit könnte banal erscheinen; aber ihre Bedeutung für Rumänien ist einmalig, denn sie gestaltet auch eine total neue Informationsfreiheit mit: Die rumänischen Bürger sind wegen der Armutsmisere und der Perspektivlosigkeit ausgewandert, was ihnen zunächst nicht viel Raum jenseits der täglichen Überlebenssorgen im Ausland ließ. Diese Politikverdrossenheit währte über Jahre; die Bürger wollten oft nichts mehr von Rumänien hören, in dem Glauben, dass die Korruption so tief sei, dass man überhaupt nichts mehr unternehmen könne. Darin liegt auch die kriminelle Dimension der Taten der politischen Klasse in Rumänien: Sogar das Patriotismusgefühl haben sie zerstört. Nach 25 Jahren im Ausland hat sich jedoch die finanzielle Situation der Auswanderer verbessert: Nun sind viele in der Lage, am Schicksal ihres Heimatlandes aktiv teilzunehmen und die Lage im demokratischen Sinne zu beeinflussen. Sogar die später ausgewanderten Rumänen wünschen sich innig, einmal nach Hause zurückkehren zu können, um auch in ihrem Land ein sorgenfreies Leben führen zu können.<sup>29</sup> Eine solche Stimmung ist für Rumänien neu; und die positiven Folgen werden in der Öffentlichkeit mit jedem Tag stärker verankert: Es gibt heute ein stabiles Vertrauen in die Macht der Zivilcourage, in die Notwendigkeit des zivilen Ungehorsams als einziges Mittel gegen politischen Machtmissbrauch. Und diese Zuversicht verdanken wir alle den im Ausland lebenden Rumänen.

Auch auf internationaler Ebene wird der Widerstand der Journalisten gegen die verschiedensten Formen von Machtmissbrauch und Medienmanipulation sichtbar, und zwar insbesondere im Kontext der Tragödie in der Ukraine.

### III. Die Meinungsfreiheit der Journalisten im speziellen Kontext der Regionalkriege und Konflikte

Der geopolitische Kontext auf dem Balkan hat sich stark geändert, seit Russland die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion wiederherstellen will. Wer ist der nächste? So lautet die Frage in den Medien, die politisch-strategische Analysen unternehmen. So

<sup>28</sup> [www.digi24ro/stiri/Digi24/Actualitate/Stiri](http://www.digi24ro/stiri/Digi24/Actualitate/Stiri).

<sup>29</sup> Der Pressefreiheit nach den Wahlen ist zu verdanken, dass diese Nachricht nach 25 stillen Jahren überhaupt laut wurde. Bisher haben die im Exil lebenden Rumänen politisch nicht existiert.

müsste auch die Frage jedes nüchternen Politikers oder Strategen lauten, nachdem Russland das „Verfahren“ für die ehemaligen Gebiete der Sowjetunion vereinfacht hat. Diese Beobachtung gilt speziell für die neue geopolitische Situation, die Ende März 2014 durch die Annexion der Halbinsel Krim durch Russland entstanden ist. Souveräne Staaten wurden in völliger Stille von der „heiligen Mutter Russland“ annektiert – nach blutigen regionalen Kriegen, häufig aber auch nach pervers orchestrierten Volkabstimmungen, die den „Willen des Volkes“ ausdrücken sollen. Stalin hat massive Bevölkerungsansiedlungen in den Gebieten der Sowjetunion veranlasst, die das Zugehörigkeitsgefühl der dort Ansässigen zur eigenen Nation zerstört haben. Ein infolge der häufigen Grenzverschiebungen vielsagendes Beispiel ist die ehemalige rumänische Provinz Bessarabien, heute ein Teil der Republik Moldawien. Die Aufmerksamkeit der rumänischen Medien konzentriert sich heute immer mehr auf das politische Schicksal Moldawiens, von dessen Zukunft die Zukunft Rumäniens wesentlich abhängt. In dieser Region gibt es nicht viele Erwartungen auf einen dauerhaften Frieden, besonders in dem aktuellen Kontext der ukrainischen Tragödie. In der Presse werden mehr und mehr die Meinungen von Historikern zitiert, die in der kommunistischen Zeit verboten waren. Das Verhältnis Rumäniens zum „neuen“ Russland leidet unter einem Tabu, das von einem unheilbaren historischen Trauma stigmatisiert ist: die brutale Herrschaft Russlands über Rumänien. Die Angst vor einer Aggression gegen Rumänien wird deutlicher, und dieses Klima der Angst bedroht die Informationsfreiheit in Rumänien, insbesondere was die Tätigkeit der Kriegsreportagen betrifft. Es wird betont, dass

schon 1690 ein österreichischer Diplomat gewarnt hat: Heute droht Russland nur damit, sich die Halbinsel Krim anzueignen, aber sobald dieses Problem auf positive Weise erledigt sein wird, wird Russland seinen Arm nach Bessarabien ausdehnen ....<sup>30</sup>

Tatsächlich wiederholt sich das Szenario: Nach der Annexion der Halbinsel Krim droht Russland mit der Aneignung Transnistriens, einer stark russifizierten, „autonomen“ Region der Republik Moldau. Die Bewohner Transnistriens sind arbeitslos, Drogen- und Menschenhandel blühen. Die Region überlebt wirtschaftlich nur dank der Unterstützung Moskaus. Die Meinungsfreiheit im weiteren Kontext von „Ost und West“ entwickelt sich in neuen Dimensionen: Die politischen Analysten fragen sich, ob Art. 5 der NATO-Satzung ausreichende Sicherheitsgarantien für die Verbündeten in Osteuropa für den Fall einer militärischen Aggression Russlands gegen Polen, Rumänien oder gegen die baltischen Staaten beinhaltet.<sup>31</sup> Die ganze Region befindet sich in einer gefährlichen Lage, denn es ist offensichtlich, dass die Russische Föderation keine Absicht hat, internationale Verträge zu achten.

Die Versicherungen Russlands, auf militärische Aktionen zu verzichten, können auf keinen Fall eine Garantie für den zukünftigen Frieden in Europa sein. Im Gegenteil, die Geschichte zeigt, dass derartigen Versprechen Angriffe auf die sich in seiner geographischen Nachbarschaft gelegenen, schwachen Staaten folgten. Vertrauen auf das Wort oder die Unterschrift der Zaren oder ihrer Nachfolger auf Verträgen oder auf völkerrechtliche Allianzen wird von bedeutenden rumänischen Historikern als Zeichen eines „teuer bezahlten Wahnsinns“ bezeichnet. Solche Meinungen erschienen in ihrer ganzen Klarheit in der rumänischen Presse und in den Fernsehsendungen als Ausdruck eines neuen Gefühls der Informationsfreiheit in der Beziehung Rumäniens zu Russland. Alte Schriften, die während des Kommunismus verbannt waren, sowie Autoren, die in Vergessenheit geraten sind, wurden in neuen Auflagen veröffentlicht, um die reale Dimension der Ge-

<sup>30</sup> Zitiert nach *Alexandru Boldur*, *Istoria Transnistriei* (Die Geschichte Transnistriens), Odessa, 1942, kritische Studie, in: *Viata Basarabiei* (Das Leben Bessarabiens), 2, 1943, das nur dank der wirtschaftlichen Unterstützung Russlands überlebt und wo Drogen- und Menschenhandel blühen.

<sup>31</sup> *Emil Hurezeanu*, *Sendung Digi24*, Bukarest, 10.–14. November 2014.

fahr zu beschreiben. Im besten Fall hat man in den fatalen Verhandlungen mit Russland mit „byzantinischen Interpretationen“ zu rechnen, womit Russland den Bruch der völkerrechtlichen Abkommen rechtfertigt.<sup>32</sup> Mit anderen Worten kommt sowohl die atavistische Angst vor einer Aggression Russlands gegen Rumänien zum Ausdruck als auch ein wachsendes Sicherheitsgefühl, das der Zugehörigkeit Rumäniens zu NATO und EU zu verdanken ist. Die Informationsfreiheit im neuen geopolitischen Kontext bedeutet Schilderung aller dieser neuen Tendenzen, denn die Transition des Landes zu einer authentischen Demokratie bleibt komplex: Der EU-Kommission und anderen internationalen Institutionen billigen die rumänischen Bürger mehr Autorität und Vertrauen zu als ihren eigenen gewählten Vertretern. Diese Realität ist tief verankert in den kollektiven Überzeugungen und wird dementsprechend auch in der Presse als Selbstverständlichkeit angenommen. Ob sich das Misstrauen gegenüber der eigenen politischen Klasse mildern wird? Im Moment reflektieren die Medien eher ein wachsendes Vertrauen in die Strukturen der rumänischen Justiz.

Einmalig war auch die „Wende“ der regierenden Partei: Sofort nach seinem Sieg verlangte *Johannis* vom Premierminister, den Gesetzesentwurf über die Begnadigung der für Korruptionsverbrechen verurteilten Politiker zurückzuziehen, was auch (unglaublicherweise!) in der darauffolgenden Parlamentssitzung geschah. Und auch die erste Sitzung des Obersten Rates der Richter leitete der neue Präsident mit dem Versprechen, die Unabhängigkeit der Justiz zu fördern. Damit könnte nach 25 Jahren endlich eine wirkliche Reform der Justiz in Rumänien beginnen. Die zahlreichen Gesetze, die erlassen wurden, sind zwar zu begrüßen; aber in ihrem demokratischen Geist sind sie nicht verstanden und sie werden dementsprechend nicht angewendet. So ist die Gesetzgebung Rumäniens zum Beispiel im Bereich Menschenrechte vom Geist der EMRK inspiriert.<sup>33</sup> Die Duplizität der Argumente ist eindeutig: Einerseits wird behauptet, dass Art. 10 EMRK die Informationsfreiheit, Presse- und Rundfunkfreiheit schützt. Wenn dem aber so ist, dann stellt sich die Frage, wie lange es sich der Europarat noch gefallen lassen wird, dass Mitgliedsländer diese Kernbestandteile der Menschenwürde so eklatant verletzen. Andererseits muss man sich fragen, ob die Rechtsprechung des EGMR überhaupt maßgebend für die Meinungsfreiheit ist. Man fragt sich zum Beispiel, was mit der „Legalität“ der kommunistischen Symbole (rote Flagge mit Hammer und Sichel) passieren soll.

In Rumänien verbietet das Gesetz Nr. 107/2006 alle Symbole faschistischer, rassistischer und fremdenfeindlicher Natur... Wenn aber der EGMR selbst die kriminellen Symbole des Kommunismus weiterhin schützt, bleibt in dem Kampf für eine authentische Informationsfreiheit in Osteuropa nicht viel übrig. Auch gegen die Mystifizierung unserer Zeitgeschichte wurde nichts Wesentliches getan: Im Fall *Fratano v. Ungarn* (Nr. 29459/2010) entschied der EGMR am 8. März 2012, dass Janos Fratanolo sich durch das Zeigen der schändlichen kommunistischen Symbole in der Öffentlichkeit nicht identifiziert habe mit den totalitären Ideen, die durch diese Symbole ausgedrückt werden! Sogar die Venedig-Kommission (die sich „für Demokratie durch das Recht“ nennt!) meint, das Gesetz in Moldawien, das die kommunistischen Symbole verboten hat, widerspreche den

<sup>32</sup> In den Medien (meinungsbildende Zeitung „Revista 22“), aber auch im universitären Unterricht wird der österreichische Gesandte bei den Verhandlungen zum Wiener Vertrag 1815 zitiert, der bemerkte, dass sich die Russen während der Verhandlungen „schon wie die Herrscher der ganzen Welt benehmen“. Zu Quellen ähnlicher historischen Informationen siehe die exzellente Monographie von *E. Tarle*, Talleyrand, 1960 (in rumänischer Übersetzung). Die aktuelle Bedeutung dieser Bemerkung ist einmalig für das Schicksal Rumäniens und der Region, was von den neuen Drohungen Russlands gegen die Ukraine und die Republik Moldawien eindeutig bewiesen wurde.

<sup>33</sup> So Titel II der rumänischen Verfassung, wo die Grundrechte beschrieben werden, der fast wörtlich aus der EMRK übernommen wurde.

Menschenrechten und der Meinungsfreiheit. Und den Kreml schmücken diese kriminellen Symbole des Hammers und der Sichel auch heute noch – eine Praxis, die mehr Demütigung für die Zukunft verspricht und nicht viel Raum für Hoffnung bietet.

*Jacques Maritain* hat realistischerweise behauptet, dass die Demokratien es in einer Hinsicht nicht geschafft hätten, und zwar die Demokratie zu verwirklichen. Wenn man den Blick beispielsweise auf Deutschland<sup>34</sup> wirft, ein Staat, der für Rumänien vorbildlich im Bereich Informationsfreiheit ist, stellt man mit Aufrichtigkeit fest: „Zu sagen: ‚Hier herrscht Freiheit‘ ist immer ein Irrtum oder auch eine Lüge, denn Freiheit herrscht nicht“, lautet ein Gedicht von *Erich Fried*, mit dem Titel „Herrschaftsfreiheit“. Auch wo es um Informationsfreiheit geht, bestätigt sich das vieldeutige Wort des Dichters. „An ihrem Herrschaftswissen lassen Politik, Verwaltung und Gerichte die Bürger in Deutschland nach wie vor nur ungen teilnehmen.“<sup>35</sup>

Verdrossen stellt man fest, dass auch die gefestigten Demokratien langsam absterben können. Dieses doppelte Maß ist unerträglich für Osteuropa. Und es existiert noch immer, nur deswegen, weil es keinen Prozess, der die Verbrechen des Kommunismus zum Gegenstand hat, gegeben hat, einen historischen Prozess, der dem Nürnberger Prozess gleichen soll.<sup>36</sup> Diese Tatsache ist das fundamentale Problem der Informationsfreiheit in Rumänien und in Osteuropa. Solche Ideen und Gedanken wurden bei der Konferenz der 25 ehemaligen Staatspräsidenten aus Osteuropa vorgetragen, die sich im Dezember 2014 in Bukarest versammelt haben, um 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus zu feiern. Ein Gesuch wurde diesbezüglich erneut beim Europaparlament eingereicht, weil das erste noch immer keine Antwort erhalten hat.<sup>37</sup>

#### IV. Schlussfolgerung und Lektionen: Das Bild Rumäniens in Europa

Eine plastische Aussage über den Journalismus auf dem Balkan geht auf die Auffassungen *Ciorans* zurück:

Ich habe ein Gewissen zu verkaufen – und niemand will es mir abkaufen, wiederholte ein Journalist mit Vergnügen. Auf dem Balkan gibt es Dimensionen des Zynismus, die ein Westler nicht ahnen kann. In ihm kommen undenkbar Demütigungen zum Ausdruck, und Verzweiflung – so uralt, dass sie nicht mehr wahrgenommen wird.<sup>38</sup>

In einer solchen gesellschaftlichen Atmosphäre zu existieren ist für den rumänischen Journalisten nicht einfach. Oft gab und gibt es aber – oder ganz besonders nur – in einem solchen Kontext mutige Journalisten, die ihr Leben gefährden und der Pressefreiheit widmen. Die Journalisten brauchen Unabhängigkeit wie die Luft, die sie atmen: Die Meinungsfreiheit ist ein Wert, für den Menschen gestorben sind. Trotz des zynischen Bildes über die Pressefreiheit und den Status der Journalisten auf dem Balkan wächst hier eine neue historische Realität, die mit den Präsidentschaftswahlen in Rumänien eine neue Ära definiert hat.

Der britische Journalist *Tony Barber* hat es in seinem Artikel „Romania’s presidential poll offers hope for more tolerant future“ eindeutig ausgedrückt: „Election of leader from ethnic minority shows country’s maturity.“ Es sei das positivste politische Ereignis

<sup>34</sup> Das Beispiel Deutschland wird hier wegen der aufrichtigen Selbstdarstellung über seine eigenen Schwächen gerne zitiert.

<sup>35</sup> *Heike Mayer*, Freiheit herrscht nicht, [www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Rundbriefe](http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Rundbriefe).

<sup>36</sup> Siehe das monumentale Werk von *Vladimir Bukovski*, *Judecată la Moscova* (Ein Nürnberg in Moskau), 1995 in rumänischer Sprache erschienen (Albatros Verlag, Bukarest).

<sup>37</sup> Rede von *Lech Walesa*, Bukarest, Dezember 2014.

<sup>38</sup> *Emil Cioran*, *Cahiers*, 1957-1972, Gallimard 1997, S. 144.

des Jahres in Europa, denn Rumänien ist mit seinem sächsischen Präsidenten einmalig. Es hat noch keinen türkischen Präsidenten in Bulgarien gegeben, und auch keinen deutschen Präsidenten in Südtirol in Italien oder einen Premierminister afrikanischer Herkunft in Großbritannien.<sup>39</sup> Memento, nach 25 Jahren: „Wir werden sterben und wir werden frei sein!“, „Wir wollen freie Presse, keine Zensur!“ – so wurde 1989 auf den Straßen geschrien. Wir sollten das nicht vergessen.<sup>40</sup> Damit ist der große Test der demokratischen Reife in Rumänien mit Erfolg bestanden. Und auch der Test für eine authentisch demokratische Meinungs- und Informationsfreiheit: *Johannis* ist Europäer in seinem Land und Rumäne in Europa.

---

<sup>39</sup> *Tony Barber*, Romania's Presidential Poll Offers Hope For More Tolerant Future, Financial Times, 19. November 2014.

<sup>40</sup> *Armanca*, Fn. 12, S. 4.